

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

61 (13.3.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,00 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,80 M., vierteljährlich 3,00 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 3/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7. u. 8. Kolonialzeit. od. deren Raum 25 A. zugügl. 80 % Zeilungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/20 vorm., für gedr. Aufträge nachm. zuver. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Freiwillig.-Bataillone u. Arbeiterschafft.

Von Adam Kemmle,
Vizepräsident der Nationalversammlung.

Die vorläufige Regierung hat lange gezögert, ehe sie sich für die Gründung von Freiwilligen-Bataillonen entschied. War doch seit dem Zusammenbruch im Volke die Abneigung gegen Soldaten eine allgemeine. Sie wollte zuerst ohne neue Soldatenformationen auskommen und das ist tief gefundene Vertrauen zur Staatsautorität wieder heben zu können. Ihrer eifrigen Arbeit für die Republik und bauend auf die gute Einsicht der Arbeiterschafft, die als Trägerin der Revolution ja das größte Interesse daran haben muß, daß die Staatsverwaltung wieder in Ordnung kommt und den neuzeitlichen Bedürfnissen anpaßt wird.

Bei den Mehrheitssozialisten ist diese Einsicht auch ganz allgemein vorhanden. Bei einem Teil der U.S.R. ist das gleichfalls der Fall. Ein kleiner Teil der letzteren aber und vor allem die Kommunisten, zeigen den ernsten Willen, die Unordnung im Lande noch zu steigern, der Maierung allerlei Schwierigkeiten zu bereiten und in diesem Zusammenhang die jetzt republikanische Staatsform, ehe sie sich noch konsolidiert hat, aus den Angeln zu heben. An Stelle des Mehrheitsprinzips soll die Diktatur der Minorität treten, also eine Klassenherrschaft errichtet werden. Beweise für diese Bestrebungen wurden insbesondere in den letzten Wochen zur Genüge geliefert.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin jeder Klassenherrschaft. Sie hat die Folgen einer solchen, die früher von rechts her ausgeübt worden ist, recht sehr zu verpöhlen Gelegenheit gehabt und sie weiß insbesondere, daß eine Klassenherrschaft, die sich über Nacht einrichten müßte, noch weniger dauernden Bestand haben könnte, als die zu Grunde geangene alte Herrschaft, die Jahrzehnte hindurch Zeit hatte, sich einzurichten und auszubilden. Eine neue Klassenherrschaft würde das badiische Volk dem sicheren Ruin entgegenführen. Durch ihn würde der Reaktion vorgearbeitet und die Vernichtung des eben erst errungenen sozialistisch-demokratischen Rechtsstaates wäre unausweichlich.

Was wir zunächst nötig haben, ist Brot und Arbeit. Baden braucht zur Ernährung seines Volkes erhebliche Zufuhren von Lebensmitteln aus anderen Bundesstaaten des Reiches. Baden ist, was immer wieder hervorgehoben werden muß, nicht Lebensmittelproduzent, sondern Bedarfsland. Im Frieden wurde die Stadt Mannheim z. B. im wesentlichen mit ausländischen Lebensmitteln versorgt, und jetzt, wo die Lebensmittelnot im ganzen Reich scharf an die Grenze des Unentzählbaren herangewachsen ist, sind die badiischen Städte noch mehr als in der Vergangenheit auf das gute Einverständnis mit dem platten Lande angewiesen. Die Futtsichernde in den Städten und die Rechtsunsicherheit haben auch die häusliche Bevölkerung in Unruhe versetzt. Der Geist der Opposition gegen die Städte ist im Wachsen begriffen. Infolgedessen hapert es mit der Abführung der Lebensmittel mehr denn je. Viele Städte neigen der Auffassung zu, dieser Geist ließe sich mit bewaffneter Macht niederdrücken. Daß dies nicht so leicht möglich ist, weiß jeder, der auf dem Lande aufgewachsen ist und die Machtverhältnisse des neuen Staates richtig eingeschätzt weiß.

Wirksame Hilfe läßt sich da nur erzielen, wenn zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung die Harmonie erhalten wird, und wenn auf dem Lande wie in den Städten das Verständnis für die gegenseitige Notwendigkeit wächst. Das gute Wort muß da den rechten Ort zu finden suchen. Dem der Landbewohner hat so gut wie der Städter das allergrößte Interesse, die Erfüllung des Staates erhalten zu wissen. Wäre doch die finanziellen Schäden für alle Landesbewohner gleich groß. Wir erinnern nur an das Schicksal der Kreisangehörigen.

Zu dieser Erkenntnis wollen sich nun in den Städten insbesondere die Anhänger der Gewalttätigkeit nicht durchringen. Was diese sich leisten an Nationalen, um das Chaos nach zu vergrößern, das geht über's Boshafte und läßt die Hoffnungen schwinden, hiergegen mit Vernunftworten aufzukommen. Die Terroristen organisieren im Geheimen die bewaffnete Macht und hässlichen Feler und Mord, wenn die Staatsregierung sich anständig, mit gleichen Mitteln zu antworten. Die Erfahrung in Norddeutschland und auch die im Süden des Reiches vor den Terroristen gemachten Versuche lassen es jedoch dringend erfordern, daß auch die badiische Regierung durch die Gründung von Freiwilligen-Bataillonen vorbeugende Maßnahmen trifft.

Gegen die Freiwilligen-Bataillone wird einwandt, sie sollten als Schutztruppe für die Reaktion dienen und gegen die Arbeiterschafft bei Lohnkämpfen etc. Verwendung finden. Die eine Behauptung ist so falsch wie die andere. In Baden denken die maßgebenden politischen Parteien keineswegs an die Wiedererrichtung der Monarchie und das Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiterschafft ist allseitig bereits soweit entwickelt, daß es niemanden in den Sinn kommen kann, nach alter Schamlosigkeit gegen die Arbeiterschafft Vorgehen zu machen. An diesem Punkte hätte die Regierung nicht nur mit dem Widerstand der freiwilligen und sozialdemokratischen organisierten Arbeiterschafft zu rechnen, sondern auch mit dem der christlichen und kirchlich-katholischen Gewerkschaften. Letztere haben ihre politische Vertretung in der

Deutsch-demokratischen und in der Zentrumspartei. Es fehlt somit diesem Mißtrauen jede positive Unterlage.

Wenn dann davon geredet wird, die Soldaten der Freiwilligen-Bataillone rekrutierten sich in ihrer Mehrzahl aus politisch indifferenten Männern, die sich schließlich doch für eine Konterrevolution mißbrauchen ließen, so ist dem entgegen zu halten, daß die Regierung von vorn herein gewünscht hat, es sollten in die Freiwilligen-Bataillone Anhänger der politischen Mehrheitsparteien des Landes eintreten. Sie will damit also Leute in den Dienst des Staates stellen, die auf dem Boden der Republik stehen, sie verteidigen und den sozialistisch-demokratischen Staatsgedanken anerkennen. Diese Leute würden sicher in dem Augenblick, in welchem sie für reaktionäre Bestrebungen mißbraucht werden sollten, den Gehorsam verweigern. Es bleibt nur noch übrig, daß sich recht viele Anhänger der alten sozialdemokratischen Partei in die Freiwilligen-Bataillone aufnehmen lassen. Man sollte meinen, daß die sozialdemokratische Partei sowohl, wie die freien Gewerkschaften aus dieser Möglichkeit den allein richtigen Schluß ziehen, und in den Kreisen ihrer Anhänger für den Eintritt in diese Bataillone eine umfassende Propaganda betreiben. Es gibt viele erwerbslose Gewerkschaftler und Parteigenossen, die auf diese Weise eine auskömmliche Existenz finden, und dabei noch Aussicht erhalten, weiterhin in die unteren Staatsstellen einzutreten zu können. Denn die Freiwilligen-Bataillone sind zugleich Lehrbataillone, in welchen Gelegenheit gegeben wird, durch geeigneten Unterricht die Kenntnisse zu erwerben, die einen Eintritt in den zivilen Staatsdienst ermöglichen.

Die Soldaten der Freiwilligen-Bataillone sind die Brüder der organisierten Arbeiter. Sie sollen die Beschützer der Republik sein und sie sollen allein schon durch ihre Existenz den Terroristen und dem Kanakel in den Städten zu Gemüte führen, daß sich das Volk in keiner großen Mehrheit nicht willenlos beiseite schieben läßt. Wenn Ruhe im Lande bleibt, dann wird man mit einigen Bataillonen auskommen. Denn dann findet die Polizei und die Volkswehr genügend Mithilfe für ihren schweren Dienst. Wenn aber die Propagandisten leitens der politischen Wirtshäuser nicht aufhören, wenn immer wieder verächtlich wird, die Volkswehr in den Städten zu Fußsätzen zu mißbrauchen, dann bleibt ja der Regierung nichts anderes mehr übrig, als entsprechend der Größe der Schwierigkeiten sich eine bewaffnete Macht zu organisieren. Man kann ihr doch beim besten Willen nicht zumuten, zu warten, bis sie eines schönen Tages von ein paar Dutzend Terroristen aufgehoben wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterschafft muß somit, wenn sie den neuen Staat erhalten wissen will und sie den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens als erste Voraussetzung für das Gelingen der revolutionären Bewegung, erklärt, ihr Mißtrauen gegen die Freiwilligen-Bataillone aufgeben. Sie wird das insbesondere auch können, sobald recht viele von den ihren in diese Bataillone eintreten und auf diese Weise dafür sorgen, daß diese Bataillone in der Tat eine Schutzwehr für die Republik sind und bleiben.

Die Friedensdebatte.

New York, 11. März. Neuter. Man erwartet, daß der Dampfer „George Washington“ am 13. März in Vrest ankommen wird. Präsident Wilson fährt sofort nach Paris weiter. Auf dringlichem Wege wurde abgemacht, daß am 14. März eine Sitzung der Friedenskonferenz stattfinden soll.

Paris, 12. März. Neuter. Trotz aller gegenwärtigen Behauptungen wird von autoritativer Seite die Ansicht ausgesprochen, daß der vorläufige Friedensvertrag frühestens Mitte April geschlossen werden kann.

Amsterdam, 12. März. Wie Neuter aus Paris meldet, erklärte Staatssekretär Lansing in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müssen, um die Welt vor Hunger zu bewahren.

Bern, 12. März. Nach Vorner Blättern ist von dem zuständigen Ausschuss grundsätzlich beschlossen worden, von Deutschland eine tonnenweise Kompensation für die durch die U-Boote versenkten Schiffe zu verlangen. Soll der deutsche Schiffsraum bei dieser Verrechnung erschöpft werden, müßte der übrige Teil von Deutschland in bar bezahlt werden. Eine Meldung aus Cherbourg teilt hierzu mit, daß der frühere deutsche Dampfer „Scharnhorst“ in den Besitz des Messageries Maritimes übergeben worden ist.

Paris, 11. März. Havas. Wie der „Main“ meldet, haben die Finanz- und die Schadenersatz-Kommission die Forderungen der Verbündeten nun beinahe vollständig zusammengestellt. Die Finanzkommission wird in erster Linie die Höhe der von Deutschland geschuldeten Summe feststellen. Das Blatt sagt, es sei nicht ausgeschlossen, daß man von Deutschland ohne Ausnahme alles fordern werde, was es wirklich schuldet. Darnach wird man die Modalitäten der Zahlung prüfen.

Internationaler Völkerverbundkongress.

Wien, 12. März. In der heutigen Sitzung des Internationalen Völkerverbundkongresses wurde eine Entschließung angenommen betr. die ungesümmte Freilassung aller in den Händen feindlicher Mächte befindlichen Kriegsgefangenen, ferner wurde eine Entschließung über die internationale Arbeiterschafftungsfrage angenommen. Ein Zusatzantrag heißt mit, daß die Frauen für gleiche Arbeit wie die Männer gleiche Löhne erhalten sollen. Ein weiterer Zusatzantrag verlangt Berücksichtigung der Arbeiter- und Soldatenräte und wird von Bern für ein Deutschland unterzeichnet. Die von Dr. C. Schwab eingebrachte Entschließung über die Kolonialfragen, die er mit dem Bemerkten einbrachte, daß für alle Völker das Recht für die

Kolonien gelten müsse, gelangte einstimmig zur Annahme. Die Entschließung verlangt ein besonderes Amt für die internationale Ueberwachung der Verwaltung aller Kolonien, die keine Selbstverwaltung besitzen.

London, 11. März. Neuter. Heute morgen wurde in Westminster eine vierstündige Konferenz der Vereinigung für den Völkerverbund eröffnet. Der Konferenz wohnten Vertreter der Vereinigten Staaten, Chinas, Frankreichs und anderer alliierter und assoziierter Länder bei. Unter den Anwesenden befand sich auch Venizelos. Die Eröffnung der Sitzung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Spartakus in Berlin.

Berlin, 12. März. Bei Durchsuhungen in den besetzten Stadtteilen wurden Gefangene gemacht. Vier Spartakisten, die bewaffneten Widerstand leisteten, wurden festgenommen und standrechtlich erschossen. Bei Aushebung eines Spartakisten in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden 20 Polen gefangen genommen. Heute hat der planmäßige Angriff gegen Lichtenberg begonnen.

Die Besetzung von Lichtenberg.

Berlin, 12. März. Die „V. J. am Mittag“ meldet: Heute um 9 Uhr vormittags hat das Vordringen der Regierungstruppen gegen Lichtenberg begonnen, nachdem in den beiden letzten Tagen die fast vollständige Einkreisung des spartakistischen Zentrums durchgeführt worden war. Die Truppen der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade haben um 10 Uhr nach heftigen Kämpfen die Frankfurter Allee erreicht und dort Anschluss an die Eiserne Marine-Brigade gefunden. Damit war der Ring geschlossen und es wurde sofort durch die Seitenstrahlen der Vornarsch angetreten. Das Kesseltreiben gegen die dort befindlichen Spartakisten hat begonnen. Man hört aus allen Teilen Lichtenbergs Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Die Kämpfe nehmen von Viertelstunde zu Viertelstunde zu. Das Feuer zeigt, in wie enge Führung die anmarschierenden Truppen mit den Spartakisten gekommen sind.

Die Besetzung Lichtenbergs vollzog sich laut „Berl. Volkszeitung“ so rasch, daß die heranrückenden Regierungstruppen auf dem Lichtenberger Güterbahnhof noch eine ganze Reihe Plünderer überreichten. Als diese sich von Regierungstruppen umgeben sahen, juckten sie zu entfliehen. Das Vorhaben war nutzlos. Als sie dies erkannten, wickelten sie um Gnade und jeder wollte das Opfer eines andern sein. Bis in die Abendstunden war eine große Menge Gefangener gemacht. Auch wurden große Mengen Munition beilagern, Minenwerfer und ungenaue Mengen Munition beilagern. — Wie der „Vornarsch“ hört, hat Oberbürgermeister Wermuth aus Sorge um das Schicksal vieler tausender friedlicher Familien und um die gefährdeten Stadtteile ausgangs voriger Woche Veranlassung genommen, mit den zuständigen Regierungsstellen eine Aussprache zu suchen. Die Bewohner unserer gefährdeten Stadt, sagt das Blatt, können versichert sein, daß nichts unterbleibt, was durch die Fürsorge für Gut und Blut der Bürger erforderlich ist.

Die Streifbewegung.

Görlitz, 12. März. Hier tagte gestern abend eine stark besuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der ober-schlesischen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth aus Berlin erjuchte die Anwesenden den Streik abzubrechen. Es wurde, wie der „Oberschlesische Arbeiter“ beschlossen, am Donnerstag bezw. Freitag früh geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Juidau, 12. März. Die Belegschaften der Juidauer Steinlohlenbergwerke sind heute früh nicht eingefahren.

Heutchen, 12. März. Die Streiflage ist unverändert. 35 Gruben sind ausständig.

Die Verhandlungen in Posen.

Berlin, 12. März. Amtlich. Die Mitglieder der deutschen und der interalliierten Kommission, die die Demarkationslinie gegen die Polen genau feststellen und die aus dem Trierer Abkommen vom 18. Februar für das von den Polen besetzte deutsche Gebiet sich ergebenden wirtschaftlichen, Verkehrs- und Verwaltungstragen regeln sollen, hatten sich, wie bereits mitgeteilt, am 5. März in Kreuz getroffen. Da sich die alliierten Vertreter entgegen der getroffenen Vereinbarung weigerten, in Bromberg zu verhandeln und trotz der deutschen Ansprüche auf ihrem Standpunkt beharrten, einigte man sich schließlich auf Posen als Verhandlungsort. Die Sitzungen der beiden Kommissionen haben am 7. März im Schloß ihren Anfang genommen. Berichterstattung über die weiteren Sitzungen bleibt vorbehalten, bis die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung behoben sein werden. Zur Zeit finden nur Verhandlungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens, der Vermohtung und des Wirtschaftslebens statt. Die militärischen Verhandlungen mühten ausgekehrt werden, da bereits unüberwindliche Hindernisse eingetreten sind.

Kleine Nachrichten.

Wroslau (Waldeck), 11. März. Bei den Landtagswahlen wurden gewählt: im Wahlkreis Waldeck 5 Sozialdemokraten, 3 Deutschnationale, 3 Demokraten, 3 Waldeckische Volksämmler, 1 Volksparteier, im Wahlkreis Pyrmon 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler, 1 Demokrat.

Dünfirchen, 12. März. Drei weitere deutsche Schiffe „Merkur“, „Bluto“ und „Italia“, die wegen verbotenen Ausfahrens aufgebracht wurden, sind in Dünfirchen eingetroffen.

Paris, 12. März. Havas. In Verantwortung einer Frage über die Orientarmee erklärte am Dienstag im Senat Abrami daß noch mehrere Monate eine Armee von 150 000 Mann unterhalten werden müsse. Beabsichtigt sei die Bildung von Freiwilligenkorps für die Levante.

Paris, 12. März. Gestern wurde der internationale Seemannskongress in Antwerpen von Vertretern der englischen, amerikanischen, dänischen, schwedischen und norwegischen Vereinigungen eröffnet. Der Vorliegende Monate sprach die Hoffnung aus, daß die alliierten und Neutralen Frankreich bei seiner Wiederherstellung seiner Handelsflotte durch diese reichliche und deutsche Schiffe unterstützen würden.

Badische Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Interpellation über die Arbeiterfrage bei den Eisenbahnen, wobei Verkehrsminister Müldert in seiner Erklärung betonte, daß sich das Ministerium seinen Pflichten gegenüber der neuen Zeit während Abg. Genosse Fleig vor allem auf die übermenschlichen Leistungen der Eisenbahner im Kriege hinweist, um hieraus für die Teilnahme der Ertragsberechtigten der Revolution zu fordern.

In eingehender Weise ist hierauf namens der Kommission über Abg. Strauß den Bericht über Abänderung des Gesetzes über die Gemeinde- und Städteordnung, zu dem sich der folgende Zentrumsredner auszusprechen äußert. Beachtung verdient dann noch der in der Sitzung eingereichte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Oberbürgermeister und Bürgermeister auf sechs Jahre zu wählen, heute wird die Beratung des Gesetzesentwurfes fortgesetzt.

8. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 12. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4,15 Uhr.

Im Eingang befindet sich eine Vorstellung des Erbprinzen von Baden, die die Verhältnisse von Staat und Kirche, ferner eine Entschließung einer Reihe Gemeindefragen, betr. die soziale Notlage, sowie verschiedene Eingaben gegen die Konkretevolution, die den betr. Kommissionen überwiesen werden.

Abg. Müller-Karlsruhe (Zentr.) berührt seine Interpellation über den Unterschied in der Arbeitszeit bei den Betriebsarbeitern der Eisenbahnverwaltung und über die durch die Mische der Bahnbediensteten arbeitslos gewordenen Betriebskräfte der Bahndienstleistungen. Früher wurde das Personal nicht getrennt. Seit der Revolution ist hier eine grundlegende Änderung eingetreten. Vor allem durch die Verfügung der Reichsregierung vom 12. November. Doch sind diese Maßnahmen nicht ganz zur Durchführung gelangt, wenn auch verschiedene Vorarbeiten stattgefunden. Der Geist der Revolution verlangt, daß Vereinbarungen getroffen werden und die Regelung nicht durch einseitige Anordnungen erfolgt. Seit Einführung der Interpellation ist manches besser geworden und hat sich geändert. Doch ist eine einheitliche Regelung vor allem hinsichtlich der Arbeitszeit dringend erwünscht. Als Schaffer sollten nicht nur Militärdienstleistungen zur Anstellung kommen. Auch in der Bekleidung der Arbeiter wird eine Änderung verlangt. Auch andere Punkte sollten ihre Pflicht tun, wie das Eisenbahnpersonal.

Verkehrsminister Müldert:

Ich bin dem Redner dankbar dafür, daß er anerkennt, daß sich in den letzten Wochen viel besserte. Bei diesem großen Verkehr lassen sich die Dinge leider nicht so rasch ändern als ich es wünsche. Die Stellen, mit denen ich zusammenkomme, sind alleamt von neuen Geistes ergriffen. Doch kann dieser neue Geist nicht in so kurzer Zeit alles durchdringen, wenn auch von uns alles geschieht. In den fabrikmäßigen Betrieben und beim Bahnpersonal wurde am 15. Dezember die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Der Eisenbahnbetrieb dagegen, der keine ununterbrochene Arbeitszeit vorstellt wie diese Kategorien, erfordert eine andere Dienstzeiteinteilung, sei sie nun größer oder kleiner. Besprechungen zur Regelung dieser Frage fanden jedoch schon statt. Wünsche man die Forderung auch für den Betrieb durchzuführen, so würde dies 15 Millionen Mark erfordern. Deshalb muß die Frage genau geprüft werden. Dies geschieht im Einvernehmen mit den Arbeitern im Sinne des neuen Geistes. Doch das Büro für Beamten- und Arbeiterangelegenheiten den Wünschen der Arbeiter nicht entspricht, ist mir neu. Bisher ist mir von allen Arbeitern mitgeteilt worden, daß ihnen diese Regelung besser gefällt als die württembergische. Es kommt nicht darauf an, recht viele Leute in das Büro hineinzuführen, sondern darauf, daß in dem Büro tüchtige Leute sind und in das Büro ist gerade der Mann hineingekommen, den feinerzeit Herr Müller vorschlug. (Hört, hört!) Ich verleihe daher nicht, wie Herr Müller mit dem Büro unzufrieden ist. Bei der Kündigung von Leuten, die durch den Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer übrig wurden, sind ihre Interessen in weitgehendem Maße berücksichtigt worden. Wir sind genau nach den Gesichtspunkten des Herrn Müller verfahren unter Berücksichtigung weitgehender sozialer Grundsätze. Allerdings muß auch hier die Anmeldeung bei der Arbeitsvermittlung gemäß Verordnung des Demobilisationsamtes erfolgen. Wir glauben, daß auch hier der Geist der neuen Zeit in vollem Maße zur Auswirkung kommt. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Lohme.

41. (Nachdruck verboten.)

8. Kapitel.

Die beiden Neuwermählten waren zunächst freilich mehr traurig als glücklich. Zu viel schmerzliche Erinnerungen, zu viel Tränen flossen in Margaretes Blick. Das entsetzliche Schicksal ihres armen Vaters wiederholte sich in demjenigen ihres bedauernswerten Gastes. Der gute Prediger starb noch am selben Abend. Doch hatte Arne die Vorsicht gebraucht, eine kurze Urkunde über den stattgefundenen Trauungsakt auf einem Blatte Papier auf des Pfarrers Schreibtisch aufzusetzen, unter welche der Prediger noch mit zitternder Hand seinen vollen Namen schrieb: Magister Michael Kornemann. Am nächsten Morgen begrub ihn Arne unter einer Eiche im Walde und errichtete ein einfaches Kreuz auf seinem Grabe.

In diesem Tage waren sie noch sehr ernst, aber bald machte das Herz sein Recht auf Glück geltend. Sie waren beide ein stattliches Paar. Wenn ihnen das auch der Spiegel nicht sagen konnte, weil sie keinen besahen, so leuchtete ihnen doch der Wasserbrunnen, der hundert Schritte von ihrer Wohnstube entfernt im Walde lag, denselben Dienst. Margarete konnte es immer noch nicht begreifen, daß sie die Frau eines schwedischen Hauptmanns geworden sei.

Diese Unterredung fand vor dem Hause statt. Arne hatte aus gesunden Ratten und einigen Holzstämmen einen rohen Tisch mit einer eben solchen Bank geschnitten, auf dieser saßen die Gatten, und starrte hielt der junge Hauptmann Margaretes Hand in der seinen. Es war ein prächtvoller Tag, die Sonne strahlte hell und warm wie noch nie in diesem Jahre, die Birken und Kirschen am Waldsaume brannten im ersten grünen Grün, und die noch vorhandenen Obstbäume waren mit Blüten bedeckt. Was braucht es mehr, das Herz des Menschen zu öffnen, seine Augen zu verklären und alle Güte in ihm zu lösen? Glück, Glück, du bist ein merkwürdige Ding -- wie kann man dich suchen, da du doch nichts Dauerndes bist, sondern nur der Schaum des Lebensgetränks, der aus dem

Abg. Maier (Zentr.): Was von Privatbetrieben verlangt wird, sollen Staatsbetriebe auch tun. Die Arbeitslosen sollten weit möglichst beschäftigt werden.

Abg. Fleig (Soz.):

Die Eisenbahner glauben, daß nunmehr auch für sie der achtstündige Arbeitsdienst eingeführt werde, nachdem sie immer ihre volle Pflicht taten. Die monatlichen Dienststunden sollten 208 Stunden nicht überschreiten. Das Lokomotiv- und Zugpersonal mußte während des Krieges übermenschliches leisten. Wenn beim Betrieb der achtstündigen nicht durchgeführt werden kann, so sollte doch das Arbeitszeitmaximum nicht überschritten werden. Auch den Eisenbahner müssen die Ertragsberechtigten der Revolution zuteil werden: 8 Stunden Dienst, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Ruhe. (Beifall.)

Abg. Götting (Nati.) wünscht einen Ausgleich zwischen Zivil- und Militärdienst. Unangenehm berührt, wenn es zutrifft, daß während des Krieges Arbeitsleistungen bis 45 Stunden vorliefen. Neben den Eisenbahner haben aber auch andere Berufskreise rechtlos ihre Pflicht erfüllt. Besonders erfreute uns die vom Verkehrsminister durchgeführte Anleihe der früher disziplinierteren Leute.

Abg. Müller-Karlsruhe (Zentr.) freut sich der Anerkennung der Leistungen der Eisenbahner. Drei Beamte sind für Bureau für Beamten- und Eisenbahnerangelegenheiten zu wenig. Damit ist die Behandlung der Interpellation geschlossen. Ueber den Gesetzesentwurf betr.

Die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung

berichtet namens der Justizkommission Abg. Strauß (Zentr.): Die Umwandlungen des Oberrheinlandes in einen freien badischen Volksstaat erforderte auch bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts Änderungen. Auch beim Gemeindefragen war eine Umwandlung nötig. Unter den Fortschritten befinden sich die Abschaffung von Schranken in mancherlei Hinsicht, die Schaffung des Frauenwahlrechts, die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, das in die Kammerkammer gehörte. Das freie und erhöhte Wahlrecht der Gemeinden wird dem Landtag später beschließen. Die Regierung erklärt in der Kommission, daß das Gesetz dem späteren Landtag zur eingehenden Regelung der ganzen Materie nochmals beschließen werde. Nach eingehendem Bericht über die Arbeit der Kommission, von der wir bereits eingehend mitteilen, empfiehlt der Berichterstatter die Annahme des Gesetzesentwurfes unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen. Zur Begründung der bei einer Neuwahl ev. nicht wieder gewählten Bürgermeistern belohnt der Berichterstatter, daß Bürgermeister, die in der Ernährungsfrage sich streng an das Gesetz hielten, oft als nicht beachtet abgelehrt wurden, während gerade Bürgermeister, die das Gesetz weniger streng nahmen, oft wiedergewählt wurden. Verschiedene eingegangene Petitionen werden von der Kommission als durch den Gesetzesentwurf erledigt bezeichnet, bezw. wird hierzu Überlegung zur Tagesordnung beantragt.

Präsident Kopf teilt mit, daß ein Antrag Kahn (Soz.) und der übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion eingegangen, der fordert, daß Oberbürgermeister und Bürgermeister auf sechs Jahre statt auf drei Jahre gewählt werden und daß beide nach Ablauf dieser Frist wieder wählbar sind.

Abg. Schneider-Weilberg (Zentr.) weist auf die Bedeutung der Revision der Gemeinde- und Städteordnung hin. Die Aufhebung der Klassenwahl ist zu begrüßen. Nach den Opfern des Krieges ist für ein Dreiklassenwahlrecht kein Raum mehr. Ebenso stimmen wir dem Frauenwahlrecht zu. Durch die Entschärfung der Stadträte geht der ehrenamtliche Charakter verloren, wenn auch an die minderbemittelten Stadträte gedacht werden muß. Von Bedeutung ist die Abänderung des Rechts der Gemeindebesteuerung. Hierdurch ist ein gewaltiger Schritt zur Verwirklichung der Gemeindeforderungen gemacht. Das frühere zögerliche Vorgehen in der Gemeindeforderung war zum Teil begründet, da die Gefahr der Umwandlung des Kapitals bestand. Darüber, ob die Gemeinden, die den Voranschlag schon verabschiedet haben, berechtigt sind, den im Gesetz vorgeschlagenen höheren Satz zu fordern, wäre erwünscht, die Ansicht der Regierung kennen zu lernen. Nachdem jetzt nur noch eine Voranschlagsliste ist, wäre erwünscht, wenn ein geläufiger Maßstab festgelegt werden würde. Wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der Fassung der Kommission zu und wünschen dem Werk Erfolg. (Beifall im Zentrum.)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 13. März, 9 Uhr vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte und Interpellationen.

Schluß der Sitzung 7,45 Uhr.

Der Verfassungsentwurf.

Der Bericht über die Arbeiten des Verfassungsausschusses in erster und zweiter Lesung liegt jetzt allen Mitgliefern des Ausschusses gedruckt vor. Ein Redaktionsausdruck wird sich im englischen Reich mit diesem Bericht beschäftigen. Dem Ausschuss ist noch eine Denkschrift des Freiburger Erbprinzen, Ordinarials zugegangen über „die rechtliche Stellung der kirchlichen Ge-

meinschaften im Entwurf der badischen Verfassung“. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses berichtete ein Redner des Zentrums über den Inhalt der Denkschrift. In dem Redaktionsausdruck wurde auf einen Petitionsentwurf hin beschlossen, den ersten Satz des Art. 2 des § 19 (Schulparagraf) dahin zu erweitern, daß die Leitung des Religionsunterrichts Sache der Religionsgemeinschaften ist. Dieser Satz wurde einstimmig von dem Ausschuss angenommen. Am Schluß der Arbeiten des Verfassungsausschusses wurde einstimmig beschlossen, die Verfassung in der jetzt vorliegenden Fassung der Nationalversammlung vorzulegen.

Baden.

Wünsche der badischen Landwirtschaft.

Anlässlich einer vor wenigen Tagen in Karlsruhe abgehaltenen Besprechung der Regierungsdirektoren mit 120 Vertretern der Landwirtschaft aus dem ganzen Lande unterbreiteten der Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen, der Bauernrat und der bad. landw. Verein der Regierung eine Eingabe, in welcher die Wünsche der bad. Landwirtschaft niedergelegt waren. In dieser Eingabe wird hervorgehoben, daß die Leitung des Religionsunterrichts Sache der Religionsgemeinschaften ist. Die Regierung an und sei bereit, die Erzeugung in größtmöglichem Umfang den Städten zur Verfügung zu stellen. Große Vertrauenswürdigkeit habe aber in landw. Kreisen die Forderung auf sofortigen Abbau der Preise für landw. Erzeugnisse hervorgerufen. Die Höchstpreise des Jahres 1918 sollten als Mindestpreise für 1919 der Landwirtschaft zugestimmt werden. Bei einem solchen Entschärfung sollte, wenn nötig, eine Preisobergrenze eintreten. In einem Abbau der Preise könne in diesem Jahr nicht gedacht werden. Im folgenden wird in der Eingabe gefordert, daß die Regierung mit allem Nachdruck gegen die Wiedereinführung der Sommerernte eintritt, des weiteren, daß bei gutem Ausfall der Anbaufrucht die Verordnungen über Ablieferungspflicht und die Höchstpreise für Getreide, Hülsen und Gemüse aufgehoben werden, ebenso die Höchstpreise und Verordnungen von Tabak, Branntwein, Obst und Fleisch. Die Veränderung des Vieh- und Fleischhandels empfehlen die Landwirte die Einführung des Viehpreises. Die Viehpreiskontrollen sollten aufgehoben und lediglich die Fleischpreiskontrollen beibehalten. Unter allen Umständen sollten sofort die noch vorhandenen Quittungen, Milchtiere und zur Zucht geeignete Kälber von der Brangabgabe befreit werden. Vom Beginn der Grünfütterung ab sollen die Viehfütterungen wissenschaftlich eingeleitet werden. In der Eingabe werden dann ferner noch eine Reihe Wünsche bezüglich der Enteignung von Heu und sonstigem Viehfutter, bezüglich der Milchpreiskontrolle und der Beschaffung von Dünge- und Düngemitteln vorgetragen und schließlich der Wunsch nach Schaffung eines Landwirtschaftsministeriums vorgebracht.

Beide Seiten und Verständnis für die Lage der ländlichen Bevölkerung getragen kann man diesen Wunsch nicht nennen, wenn die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen mit solchen Forderungen hervortreten, dann nimmt natürlich nicht Wunder, wenn die einzelnen Landwirte überhaupt nicht mehr wissen, was sie verlangen sollen. So beschloß sich z. B. die Milchzueger in Pfalzstadt kurzerhand, den Milchpreis ab 1. April auf 50 A zu erhöhen. Aus dem Abfall wird uns berichtet, daß dort Landwirte für den Zentner Kartoffeln 30 M. -- dreißig Mark -- verlangen. Da braucht man sich über die Erpressungen der Erntente nicht zu entsetzen, wenn man solche Erpresser im eigenen Lande sitzen hat.

Gegen Feuerung und Zucker. In einer in Weingheim vom Gewerkschaftsrat der freien Gewerkschaften veranstalteten Volksversammlung wurde beschlossen, eine Petition an die bad. Nat.-Versammlung zu senden. In dieser Petition wird festgehalten, daß weder die Regierung noch die Nat.-Versammlung alles getan haben, um das unermessliche Elend auf den Gebieten der Lebensmittelversorgung, der Preisgestaltung und des Wohnungswesens nach Möglichkeit zu mildern. Der Kampf gegen Zucker müsse endlich mit aller Energie geführt werden. In der Petition wird ferner die Schaffung einer öffentlich rechtlichen Konsumentenvertretung verlangt.

Die Beamtenpensionen. Der Volkstagsrat von Konstanz hat der Fraktion der sozial. Reichspartei bei der heutigen Nat.-Versammlung und der Fraktion der sozial. Partei der bad. Nat.-Versammlung Vorschläge zur Regelung bezw. Abschaffung der Beamtenpensionen gemacht. Darin wird ausgeführt, daß alle Pensionäre weiter ihre Pension beziehen und ferner die bei Inkrafttreten des b. r. neuen Gesetzes bereits angestellte Beamte ihr Recht auf Pension behalten sollen. Keine Pension soll aber fortan mehr als 300 A monatlich betragen. Für alle künftig neuangestellten Beamten soll die Pension ein für allemal abgeschafft sein, dagegen sollen sie ein solches Gehalt beziehen, daß sie auch für das Alter etwas sparen können.

Vielmehr leben, ohne Freunde und Nachbarn, ohne bessere Wege und Kleidung.

„Sollt noch alles haben, Gretchen, -- aber für die nächste Zeit“, fügte der Hauptmann ernst hinzu, „ist doch wohl das Beste, noch hier zu bleiben. Meine Landsleute haben die Gegend verlassen, du sagst selber, wie gefährlich es für mich ist, mich irgendwo hinzuwagen. Und das nicht allein. Selbst, wenn sie noch hier wären -- ich habe einen Etel vor dem Kriegshandwerk bekommen und möchte nicht länger unter der Fahne bleiben. Auch ist mir der Gedanke zuwider, dich unter gemeinen Frauen und Mädchen der Kanone zu wissen.“

„Was möchtest du aber sonst tun, Arne?“

„Mit Dir in meine Heimat gehen, Gretchen. Dort herrscht Friede und Sicherheit. Der Krieg hier kann noch viele Jahre dauern. Dein armes Vaterland ist jetzt schon eine einzige rauchende Ruine, und nur Unkraut wächst auf den Trümmern. Selten wagt sich ein Wilmchen hervor, und ist es der Fall, wird es von den Hufen der Rosse zertritten. Dort hab ich soviel, daß wir sorglos leben können, Gretchen. Vorwärts aber müssen wir uns hier noch einige Zeit verdrückt halten, bis die Gelegenheit günstig ist, meinen Plan ins Werk zu setzen. Bist Du einverstanden, liebes Weib?“

Natürlich war sie einverstanden. „Wenn wir nur erst fort wären.“ kam es bang aus ihrer Brust. „Solange wir noch hier sind, droht uns das Unglück. O, wenn Du müdest, was ich gestillt habe, Arne!“ (Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Das bolschewistische Rußland. Von Fr. Sturm. Profetische Flugblätter Nr. 1. Verlag der kommunistischen Arbeiterzeitung, Hamburg. Preis 40 Pf.

Karl Liebknecht zum Gedächtnis. Rede Heinrich Laufenbergs am 28. Januar 1919 im Gewerkschaftshaus zu Hamburg. Verlag: Willaschek u. Co., Hamburg. Preis 30 Pf.

Die neue Erziehung! Sozialistische pädagogische Zweimonatszeitschrift. Herausgeber Dr. M. S. Paetz, Unterrichtssekretär im pr. Kultusministerium. Durch die Post vierteljährlich 5 M. und Verlagsbuchh., Direkt unter Kreuzweg 6 A. Verlag Geisteswissenschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. J

Stellingen, 12. März. Eine Stellingener Zeitung bringt die Nachricht, in Nordheim seien amerikanische Quartiermacher eingetroffen, um für die Belegung des Ortes mit 200 Amerikanern Vorkehrungen zu treffen. Nach unserer in Nordheim eingezogenen Erkundigungen ist die Nachricht unrichtig.

Stellingen, 10. März. Der Arbeitergesangsverein „Eintracht“ hielt letzten Samstag seine Generalversammlung nach 5 Jahren Unterbrechung ab; der Besuch war ein sehr guter. Vorsitzender Eduard Frank gab den Vereins- und Kassenericht; es ging daraus hervor, daß es die Vereinsleitung verstanden hat, den Verein glücklich durch die schweren Zeiten hindurchzuführen. Der beste Beweis ist der rege Besuch der Singstunden, ist doch bald das erste Hundert erreicht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Frank Eduard, 1. Vorsitzender; Brechtig Hermann, 2. Vorsitzender; Sped Edmund, Kassier; Schwabenberger Wilhelm, Schriftführer; Stadler Wilhelm, Musikleitender; Rieger Josef, Sängerkassier; dazu noch 6 Beisitzer. Möge es der neuen Vereinsleitung gelingen, all die fernstehenden Arbeiter- und Gesangsvereine für den freien Männergesang zu gewinnen. Zum Schluß folgte eine Aussprache über Agitation, aus der hervorging, welche rege Interesse man auch hier wie anderwärts der Versammlung entgegenbringt. Leider hat es ein großer Teil der hiesigen Arbeiterschaft noch nicht verstanden, sich wie der Gewerkschaft so auch nun der freien Sängerbewegung anzuschließen. Das eine ist so notwendig wie das andere. Der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung an die Mitglieder, in der Agitation nicht zu zögern, fest und treu zum Verein zu halten, die in bester Stimmung verlaufene Versammlung. Am nächsten Samstag mußte die Singstunde von Mittwoch auf Freitag verlegt werden. Die Gesangsvereine werden gebeten, dies zu berücksichtigen.

Stellingen, 10. März. Auf letzten Samstag hatte die organisierte Arbeiterschaft von hier zum zweiten Male die Einweihung in den Saal des Gasthauses zum „Lamm“ zu einer Versammlung eingeladen, deren Zweck die Gründung einer Filiale des Konsumvereins Breiten und Umgebung war. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Erfolg der Versammlung war ein glänzender; 80 Anwesende traten sofort dem Konsumverein bei und es wurden sofort Geschäftsanteile im Betrag von 1300 M. gezahlt. Die Filiale kann also einer guten Vorwärtsentwicklung entgegengehen. Anschließend an diese Versammlung fand eine weitere Versammlung der Frauen statt, in der die Genossinnen Ruff und Riefer aus Karlsruhe sprachen. Die beiden Rednerinnen fanden für ihre trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall, es traten sofort eine Anzahl Frauen unserer Partei bei. Die Stimmung in der Versammlung zeigte, daß es auch bei den Frauen zu Tagen beginnt, daß sie in die Reihen der sozialdemokratischen Partei eintreten, um als gleichberechtigte Kämpferinnen teilzunehmen an dem Befreiungskampfe der Arbeiterschaft.

Stellingen, 11. März. In Nordheim sind zwei Säwehinger beschaffen worden, die umfangreiche Stoffdiebstähle ausgeführt haben. Es wurden bei ihnen für etwa 12000 M. Stoffe beschlagnahmt. Neben der Herkunft der Stoffe bemängeln die Verhafteten jede Auskunft.

Stellingen, 13. März. Bei einer hiesigen Weinstubenbesitzerin wurde ein reicher Lebensmittellager in Wert von über 1000 M. beschlagnahmt. Ferner wurde ein Gastwirt wegen Uebertreten des Schloßschloßes (Schwarzschloßung) in Haft genommen.

Stellingen, 12. März. Zwei auswärtige Burgen stahlen aus einem hiesigen Hause zwei Militärpferde. Sie können verhaftet werden.

Stellingen, 12. März. Anfolge Uebertretens des Signals stieß ein Güterzug auf einen Freiloch auf. Die Maschine stürzte die Böschung hinab, die beiden folgenden Wagen wurden zertrümmert. Das Personal konnte sich durch Abspringen retten, jedoch niemand zu Schaden kam.

Stellingen, 12. März. Am Montag abend mußte hier ein amerikanisches Flugzeug mit zwei Piloten eine Notlandung vornehmen, weil das Benzin ausgegangen war. Die Piloten kamen von Nohlen und wollten nach Nanch, hatten aber die Orientierung verloren.

Beibehaltung der Zwangsbeurteilung in der Obsterzeugung. Karlsruhe, 13. März. Gestern fand hier auf Einladung der bad. Obsterzeugung im Sitzungssaal der ehemaligen ersten Kammer eine mit der Obsterzeugung und Gemüsebeurteilung sich befassende Versammlung der verschiedensten Interessentengruppen statt, zu der als Vertreter der Regierung Minister Trunk, Geh. Rat Dr. Schneider, Geh. Rat Cron, ferner Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Verbraucherkammer, der Hausfrauenvereinigungen, des Landespreissamts, der Großhändlervereinigungen und landwirtschaftlichen Organisationen erschienen waren. Der Vorsitzende Geh. Rat Cron gab ein W. der Obsterzeugung in Baden und stellte dabei fest, daß von der gesamten der Obsterzeugungsernte erfaßten Chimmenge 70% an die Marmeladefabriken abzugeben werden sollte. Es gelang schließlich, dieses Maß auf 60% festzusetzen. Inzwischen sind im letzten Wirtschaftsjahr 108 152 Zentner Obst an Marmeladefabriken geliefert worden. Diese Marmelade wird an die Allgemeinheit verteilt und zwar wurden bis jetzt von den Fabriken 145 880 Zentner Marmelade abgeliefert und weitere Ablieferungen folgen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die ungenügende Obsterzeugung im letzten Jahr nicht allein auf den allgemeinen Obstmangel, sondern im besonderen auf den Scherichhandel zurückzuführen war. Er stellte den Antrag, in diesem Jahr von

einer Verwirklichung des Frühobstes abzugehen und das Frühobst dem freien Handel zu überlassen.

Nach einer sehr lebhaften Aussprache, in welcher von Vertretern die Notwendigkeit der öffentlichen Verwirklichung des Obstes betont, von Vertretern des Großhandels dieser Ansicht aber nicht zugestimmt wurde (1), erfolgte eine Abstimmung, welche das Ergebnis hatte, daß die große Mehrheit der Versammlung für die Beibehaltung der Zwangsbeurteilung des Obstes in der bisherigen Weise ohne weitere Berücksichtigung war. Bei Beratung der Gemüsebeurteilung wurde ebenfalls beschlossen, die Zwangsbeurteilung beizubehalten.

Die Sommerzeit. Eine endgültige Entscheidung darüber, ob auch in diesem Jahre die Sommerzeit eingeführt werden soll oder nicht, ist, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, bisher noch nicht gefallen. Die Reichsleitung soll die Ansicht haben, wiederum die Durchführung der Sommerzeit anzuordnen; sie schießt aber damit in Baden auf entschiedenen Widerstand, da man dort auf die bäuerliche Bevölkerung nach Lunkelheim Rücksicht nehmen will, die, wie in früheren Jahren der Sommerzeit gegenüber sich ablehnend verhält.

Bezirkspolizeibeamtetenverein Offenburg. Die am 2. d. M. hier aus Stadt und Land versammelten Polizeibeamten des Bezirks Offenburg haben die Gründung eines Bezirkspolizeibeamtetenvereins und den Anschluß an den Landesverband der Staatspolizeibeamteten beschlossen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. März.

Un unsere Leser!

Wegen Raummangels infolge der immer größer werdenden Papierpreise müssen wir heute den Umfang des Blattes wiederum auf das äußerste einschränken. Wir können natürlich unter diesen Umständen die Ansprüche vieler Einleger nicht so befriedigen, wie es notwendig wäre und wie wir es selbst wünschen. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als unsere Leser wegen der mangelhaften Ausstattung des Blattes erneut um Nachhilfe zu bitten. Wir wissen nicht, wie wir der Notwendigkeit abhelfen können. Wenn wir kein Papier haben, können wir nicht drucken und wenn die Papierfabriken keine Rohlen haben, können sie nicht liefern und wenn in den Bergwerken gestreikt wird, können keine Rohlen gefördert werden.

Vortrag von Herr Stels.

Der Vortrag gestern abend im Saale des „Friedrichshof“ hatte sich eines außerordentlich starken Beifalles zu erfreuen. Der Saal war bis auf den letzten Stuhl besetzt und viele mußten stehen. Insbesondere waren viele Frauen erschienen. Der Vortragende Stadtrat Dr. Diez bearbeitete im Namen der sozialdemokratischen Partei die hiesige Versammlung und den ersten zur Sozialdemokratie übergetretenen badischen Geistlichen Herrn Herr Stels-Neuheiten (Amt Eppingen) auf das Geheißliche. Er begründete Redner als willkommenen Mitarbeiter des Proletariats gegen den Kapitalismus und gab der Genugtuung Ausdruck, daß durch die Revolution freie Bahn für alle kirchlichen Gemeinschaften geschaffen ist, die es auch den Geistlichen ermöglicht, ohne Rücksicht auf die alten Mächte der kirchlichen Hierarchy sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen. Wenn bis jetzt auch erst wenige Geistliche der evangelischen Kirche den Schritt gemacht haben, so sei wenigstens einmal der Anfang gemacht und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch von katholischer Seite Männer des Geistes diese einzig richtige Konsequenz aus dem Evangelium ziehen werden. Der Redner des Abends, Herr Herr Stels, ein geborener Karlsrufer, entledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise. Er behandelte seinen Vortrag „Sozialdemokratie und Christentum“ von Standpunkte des gläubigen Christen aus. Er wies an Hand des Evangeliums und aus vielen übersetzten Verlautbarungen Zeugnis ab, daß Christentum und Sozialdemokratie zwar nicht identisch sind, aber zusammen gehören. Seine Ausführungen wurden mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochen. Wir können wegen Raummangels Näheres aus dem trefflichen Referat heute leider nicht bringen und werden das morgen nachholen.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Heute abend 8 Uhr im städt. Jugendheim, Eingang Rannstraße, Vortrag von Herrn Witzgebs, Referat, Vortrags des Ausflugs am nächsten Sonntag, sowie Aussprache über die Beschäftigung und Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen. Von 8-10 Uhr Bücherausgabe. Die Arbeiter-Jugend werden erlucht, ihre jugendlichen Söhne und Töchter in die Veranstaltungen der Arbeiter-Jugend zu schicken. Das Programm für März und April steht nahe zur Verfügung; Ansuchen erteilt jederzeit Gen. Redakteur Müller, Redaktion des „Freien W.“.

Sozialistische Beamten und Lehrer. kommenden Sonntag, 15. d. M., abends 8 Uhr, findet in den „Alten Linden“ (Ede Hof- und Adlerstraße) eine Versammlung der Sozialistischen Beamten und Lehrer statt. Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe spricht über das Ertrakt Programm. Alle Genossinnen sind eingeladen.

Schwartzschloßung. Bei einem Wirt im Städtel. Ruppert wurde gestern nacht bei einer Durchsuchung in dessen Stallstall ein frisch geschlachtetes Stück Groppeh und ein Schrein vorgefunden und beschlagnahmt. Wegen Geheimhaltung wurde gestern nacht ein in der Gewerkschaft wohnhafter led. ar. Arbeiter festgenommen und wegen Klüppelstahl ins Unterhändlergeheimnis eingeliefert.

Ein interessanter Vortrag. Auf Einladung des Vereins für das Deutschtum im Ausland sprach Herr Dr. A. S. Andropoff aus Olga am Freitag, 14. März 8 Uhr abends, im großen Rathsaal über das Thema: „Im kolonialistischen Ausland als Soldat und Gefangener.“ In Arbeit der sehr unklaren Vorstellungen, die bei uns über den Kolonialismus in Ausland herrschen, ist es von großer Bedeutung, in Dr. A. S. Andropoff einen Redner gefunden zu haben, der aus seiner eigenen sehr reichen Erfahrung über diese brennende Frage berichten kann.

Die Generalversammlung des Männerbundes „Garmanns“, die am 9. März im Vereinslokal „Deutsche Eiche“ stattfand, hatte sich eines sehr regen Besuches zu erfreuen. Dem von Schriftführer Werthmann mitgegebenen Geschäftsbericht des 29. Geschäftsjahres nach folgendes zu entnehmen: Durch die Kriegswirren war die Tätigkeit des Vereins gewaltig unterbrochen. Der Verein, laut 1914 insgesamt 600 Mitglieder, darunter 130 Sänger, zählt, laut im Jahre 1918 auf 100 inklusive 25 Sänger. Die wenigen Mitglieder war es zu bedauern, daß den Heimkehrern das Vereinsleben erhalten blieb. Der Mitgliederstand am 1. Januar 1919 betrug 480. Gefallen sind 35, gestorben 20, neu eingetretene 82 Mitglieder. Zum Waffenstillstand waren 310 eingezogen. Vermittelt sind 2 in Gefangenenschaft 4 Mitglieder. Offiziell wirkte der Verein bei der Kriegszeit und hat zur Verhinderung der Feindschaften anderer Korporationen mit. An Liebesgaben wurden 1000 Pakete mit einem Aufwand von 1500 M. verbandt. An Unterstützung an Frauen gefallener Mitglieder wurden 210 M. ausbe-

zahlte. Der von Kassier M. H. H. e. gegebene Kassenericht zeigte auf sparsame Haushaltung. Der Stand der Kasse ist zufriedenstellend. Geldschatz- und Kassenericht fanden allgemeine Anerkennung und Annahme. Die Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt: J. Bejendorf 1., W. Bergmann 2. Vorz.; J. Gerold, Sängervorstand; Nöhlein 1., Schenkel 2. Kassier; Werthhammer 1., A. Schulze 2. Schriftführer. Zu Bibliothekaren A. Kaiser und Lauffmann. Beisitzer: Ehreis, Weis, Silbernagel und Schwarz. Im Geworstand ist der Verein durch Jilhardt vertreten und wurde Werthhammer neu hinzugeführt. Alles lies erkennen, daß die Verwaltung samt Mitgliedern gewilligt sind, an der Weiterentwicklung des Vereins und des freien Männergesanges mitzuarbeiten, insofern der Verein hoffnungsvoll und freudig dem Kommando entgegensehen kann, eingedenk seines Wohlwunschs: „Vorwärts in Lieb und Wort, Einigkeit sei unser Fort.“

Na. Wanderkarte von Karlsruhe und Umgegend. Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Anzeige hin, wonach die vom Stadtrat herausgegebene Wanderkarte von Karlsruhe und Umgegend (Maßstab 1:50 000) in den hiesigen Buchhandlungen und den Auskunftsstellen des Verkehrsvereins zu haben ist.

Konzerthaus. Die Dekoration des am Freitag, 14. d. M., hierorts erstmalig gegebenen Musikdramas „Salome“ von Richard Strauß wurde vom Mannheimer Nationaltheater zur Verfügung gestellt, wo sie für die dortige Erstaufführung des Werkes von Oskar Auer erstellt wurde. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß das einmalige Werk ohne jedes Vorspiel beginnt. Es wird um pünktliches Erscheinen erlucht, da nach Beginn der Vorstellung niemand mehr Einlaß finden kann.

Festhallkonzert. Die gesamte Kapelle des Leibgrenadier-Regiments unter Leitung ihres Eigentlichen Herrn: Bernhagen wird am Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, in der großen Festhalle nach längerer Zeit wieder ein Konzert — diesmal Streichmusik — veranstalten. Das Programm enthält nur vornehme, jedoch leicht verständliche Musik. Allen Musikfreunden steht somit ein genußreicher Sonntagnachmittag bevor.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 12. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1/3 Uhr.

2. Beratung des Sozialisierungsgesetzes.

In § 1 sind die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ von der Kommission eingefügt, in § 2 die Entschädigungspflicht neu eingefügt, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung nur „im Falle dringenden Bedürfnisses“ durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Bögle (D. V.): Meine Fraktion legt gegen die Kommissionsbeschlüsse, welche nach unserer Ueberzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verberblich sind und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar auslöschen werden, Verwahrung ein. Wir wollen eine revolutionäre Entwicklung, was aber in den Vorlagen erlucht wird, ist eine revolutionäre Entwicklung für die wir die Verantwortung ablehnen.

Abg. Radnise (Dem.): Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig abzutreten wissen. Wir hoffen von dem Gesetz eine verheerende Wirkung. Der § 2 öffnet die Türen für die Sozialisierung, doch, daß wir, da wir keine Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir trotzdem dem Gesetz als Ganzes zustimmen, so leidet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in unserer Hand liegt.

Abg. Weid (D. V.): Man könnte dem Gesetze die Ueberschrift geben „Ein Ausflug in den Zukunftsstaat“. Der Trost, es handle sich nur um ein Mantelgesetz, kann uns nicht beruhigen. Der Gesetzesentwurf gibt der Regierung einen Unbefähigungsschlüssel, der der Sozialisierung alle Türen öffnet. Die damit bezweckte Beschneidung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als im tiefsten Grunde unsozial ab.

Inzwischen sind von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verschiedene Änderungsanträge eingegangen.

Abg. Burlage (Str.): In § 2 hat meine Fraktion eine Entzuegung nur gegen angesehene Entschädigung statuiert. Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Änderungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Emporstreben unterstützen.

Abg. Dr. Gohn (U. S.): Wir lehnen die Verantwortung für die Vorgänge in Lichtenberg ab. Etwas sozialer Geist steht ja in dem § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung des Gedankens. Die Räteverwaltung auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen. Dagegen mag man sich sperren wie man will.

Von den Abgg. Auer und Gen. geht ein Antrag ein, in § 2 die Worte „gegen angemessene Entschädigung“ zu streichen. Hierzu verlangt die Deutsche Volkspartei namentliche Abstimmung.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz.): Selbst wenn die Herren von der Rechten in die Regierung kämen, müssen sie heute von der Verantwortung absteigen. Wir wollen die Einführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft. Der Arbeiter muß Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit er wieder Freude am Wirken hat. Auch wir betradten den Gesetzesentwurf als ein Mantelgesetz. Den Entschädigungsanspruch lehnen wir ab. Wir lehnen in dem Gesetz nur den Anfang zu größeren Taten, die unsere Wirtschaft einer besseren Zukunft entgegenführen.

Abg. Dr. Becker-Dessau (Deutsche Volksp.): Nicht sachliche, sondern politische Gründe haben das Gesetz veranlaßt. Das haben alle Redner erkannt. Wir glauben nicht daran, daß das Gesetz wirklich Ruhe und Ordnung bringen werde. Wir lehnen es daher ab.

Abg. D. Traub (D. V.): Wir stehen am Endpunkt der deutschen Volkswirtschaft, wenn das Gesetz angenommen wird. Diese Neuordnung wird zu einer Verhärtung der Friedensbedingungen führen. Das ganze Gesetz bedeutet nur eine Sicherstellung der sozialen Macht im Wirtschaftsleben. Ich fürchte die große Enttäuschung der Arbeitermassen, wenn sich die großen Verprechungen der Sozialdemokraten nicht verwirklichen lassen.

Reichswirtschaftsminister Wisell: Auf den Vorwurf, daß wir in einer Zeit der Erhöhung an die Einführung einer neuen Wirtschaftsordnung herangehen, erwidere ich: in unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch länger Anspruch darauf, Privatbetrieb zu machen, sobald es das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird.

In § 4 liegen Änderungsanträge der Deutschen Volkspartei der Deutschnationalen und der Unabhängigen vor.

Abg. Schiele (D. V.): Der § 4 hängt ein demagogischer Überlaufende von Betrieben. Es wird eine reichliche Verteuerung der von der Sozialisierung betroffenen Produkte entstehen. Wir verlangen, daß ausdrücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgeschlossen werden.

In § 5 bringt Abg. Kraut (D. V.) einen Antrag, das Inkrafttreten des Gesetzes für die besetzten Gebiete auszuweichen, damit die Feinde nicht Gelegenheit haben, diese Betriebe als Staatsgut für sich in Anspruch zu nehmen. Ein deutsch-nationaler Antrag will dem Gesetz die Ueberschrift „Gemeinwirtschaftsgesetz“ geben. Damit ist die zweite Beratung erledigt. — Nächste Sitzung Donnerstag vormittags 10 Uhr: Sozialisierungs- und Rohlenwirtschaftsgesetz. — Schluß 1/2 9 Uhr.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 1,52 Meter, gef. 5 Zim.; Rehl 2,51 Meter, gef. 10 Zim.; Mainz 4,35 Meter, gef. 9 Zim.; Mannheim 3,01 Meter, gef. 4 Zim.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Unter Abend. Im Saale der Eintracht veranstaltete der Arbeiterverein Karlsruhe des Deutschen Bankbeamtenvereins Dienstag abend einen Unter Abend, dessen Programm nur den einen Nachteil hatte: Daß es zu reichhaltig war. Es wurde bezaugt viel Gutes, Festes und Ausgezeichnetes geboten, daß es selbst dem Pflicht- und Gewohnheitsbesucher der sich gegenwärtig geradezu jagen und überfüllenden Veranstaltungen kaum mehr möglich war, all diese Hülle von Darbietungen in sich aufzunehmen, obgleich der zweite Teil des umfangreichen Programms aus leichter Kost bestand und der leisesten Muse gewidmet war. Aber was zu viel ist, ist zu viel. Dieses Programm hätte für drei Abende ausgereicht. Schwer würde es uns allerdings fallen, wenn wir entscheiden sollten, wenn man bei diesen Darbietungen hätte müssen wollen; denn jeder und jede der zahlreichen Künstler und Künstlerinnen, die sich zur Verfügung gestellt hatten, bot in ihrer Art ganz Vortreffliches; wir begnügen uns mit dem Aufzählen der Namen der Mitwirkenden, auf Einzelheiten einzugehen, verbietet der Raum. Da sei zunächst Herr van Gorko in genannt, den man immer wieder gerne im Konzertsaal begrüßt, nachdem es nicht begreift ist, seine Kunst auf der Bühne zu genießen; dann der Cellist Herr Kammermüller Lautwetter, ferner Herr Marie Genter, mit prächtigen Liedern zur Laute, Frau Olga Metzger, Sängerin und Herr Cécilie Hermann mit zwei ausgezeichneten Walzen von H. Strauß; Frau Emma Lorenz, Herr E. Lorenz, Klavier und Hornist, Herr Wagemann, Violine, 3 Künstler, mit besten Qualitäten, Herr Albert Waizer, mit Gedichten in Walter Hasencamp und endlich Herr W. Luger, als Vortragsredner. Das Programm erlucht noch eine weitere Verlagerung durch die Darbietungen, die die Künstler infolge des andauernden Wetters geben mußten. Der Karlsruher Publikum zeigt sich in dem Erpressen und Dreingeben von seiner überflüssigen Seite, so ungenutzt und ungenutzt wie nur irgend möglich. Die Veranstaltung lag sich bis 1/2 11 Uhr hin. Da der Saal wohl ausverkauft war, dürfte auch der materielle Zweck der Veranstaltung, Stärkung des Unterstützungsfonds für in Not geratene Bankbeamte, tollauf erreicht worden sein.

Letzte Nachrichten. Friedenskongreß.

Paris, 13. März. Reuter. Wenn keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten, sollen die deutschen Friedensdelegierten zwischen dem 23. und 25. März in Paris eintreffen. Das Schriftstück wird ihnen dann ausgehändigt werden und sie werden vermutlich den Wunsch äußern, es nach Deutschland zur Erwägung mitzunehmen. Diesem Wunsche wird entsprochen und eine angemessene Frist für diesen Zweck zugelassen werden.

Berlin, 13. März. Die Führung der Abordnung für Deutschland an den Friedensverhandlungen soll Graf Brockdorff-Ransau übernehmen. Die Regierung wird, wie der Berliner Lokal-Anzeiger hört, durch die Reichsminister David und Giesberts vertreten werden, außerdem werden der Abordnung noch Angehörige der bayerische Gesandtschaft in Bern Wolf Müller und Professor Schäfers.

Berlin, 13. März. Im Saale des Reichsschatzamt fand gestern vormittag eine starkbesuchte Besprechung über die von Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen zu verfolgenden Ziele sowie über die Arbeitserteilung bei den Beratungen über die Forderungen der Gegenparteien. An der von dem Vorkonferenz Graf Bernstorff geleiteten Sitzung nahmen die Vertreter der verschiedenen beteiligten Behörden teil, ferner die zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen am Verhandlungsort bestimmten Sachverständigen.

Revolution in Belgien?

Berlin, 12. März. (Privatmeldung.) Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Elberfeld berichtet: Gerüchte über eine Spannung der innerpolitischen Lage in Belgien, die in den letzten Tagen in Essen aufstauten, verbreiteten sich laut Maasrührer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ immer mehr. Danach soll auch in Belgien die Revolution ausgebrochen sein. In Lüttich und Charleroi sollen heftige Straßenkämpfe zwischen Sozialisten und Kommunisten einerseits und Bürgerlichen

Truppen andererseits im Gange sein. In den letzten Tagen erzielten größere belgische und amerikanische Truppenverbände nach dem belgischen Industriegebiet sowie nach Brüssel und Antwerpen. Gerüchte bezogen, daß der König von Belgien schon gestern abend ganz unerwartet nach England abgereist sein soll, was mit den Unruhen in Verbindung gebracht wird.

Briefkasten der Redaktion.

R. R. B. Die angegebenen Eigenkassen können Ehescheidungsgründe sein, wenn durch sie das Eheleben so gerüttelt wird, daß dem andern Gatten die Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht zugemutet werden kann.

J. A. Kuppenheim. Sie können, wenn Ihnen die Wohnung gefälligst oder die Miete gesteigert wird, das Amtsgericht Rastatt anrufen.

S. J. Salzenhausen. Anfrage im „Briefkasten“ schon lange beantwortet; bitte gut aufpassen.

W. A. Anfrage schon vor langer Zeit beantwortet, gut abacht geben.

Feuerungszulagen. Nach unseren Ermittlungen haben damals auf Grund einer Verfügung des Kriegsministeriums nur die Arbeiter eine Feuerungszulage erhalten, die damals bereits sechs Monate im Betriebe waren. Das dürfte nur für wenige oder gar keine Arbeiter Ihres Betriebes zu treffen. Fragen Sie einmal bei Herrn Oberinspektor Klein, Bruchsal, Materialdepot, an.

S. D. hier. Es ist uns nichts davon bekannt, daß die Fleischration auf dem Lande um 100 Gramm erhöht worden ist.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtsregister. Thomas Esch von Seebach, Ehefrau Maria, mit Elsie Sester Witwe von Geddesheim, Mich. Bürger von Löhningen, Tagelöhner hier, mit Franziska Braun Witwe von Uhlbach, Martin Popp von Schramberg, Monteur hier, mit Gertrude Scherler von Löffelau, Gustav Scherpe von Rangelsheim, Maurer hier, mit Luise Dax Witwe von Ottenheim, August Schlegel von Bühl, Oberrevisor hier, mit Anna Funke von Blumberg, Abraham Karabanoff von Loß, Legezier und Dekorateur hier, mit Elsa Kummer von Neujanitz, Heinrich Kiefer

von hier, Tagelöhner hier, mit Paulina Ruppender Witwe von Ottenheim.

Todesfälle. Luise Herr, alt 52 J., Ehefrau von Thomas Herr, Weilmünz. Juliana Kern, alt 83 J., Witwe von Karl Kern, Weilmünz. Magda, alt 1 Tag, E. Karl Alexander, Maler. Rosa Hed, Witwe von Friedr. Hed, Fabrikarbeiter. Anna Hartmann, alt 45 J., Ehefrau von Urban Hartmann, Postkassierer.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und lokale Nachrichten Hermann Adel; für Politische, soziale, literarische, humoristische, soziale und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Samstag abend halb 8 Uhr im Vereinsklub Sängervereinigung. Rüstliches und volkstümliches Erscheinen ist Pflicht. 1815
Kassiert. (Arbeitergesangverein „Liedesfreiheit“.) Morgen Freitag findet Gesangstunde im „Rappen“ statt, wozu wir die Gesangsbrüder um volkstümliches Erscheinen bitten. Gäste sind willkommen. 1814

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Das am Montag, 10. März, eingeschobene Vorpiel der Ausbildungsklassen hatte folgendes Programm:

- 1. Sonate A-dur für Violine von A. Vivaldi (Fräulein Olga Kuhn).
- 2. Arie aus der Oper „Der Freischütz“: Durch die Wälder, durch die Auen“ von C. M. v. Weber (Herr Heinrich Ruppinger, Begleitung: Fräulein Maria Fels).
- 3. Impromptu As-dur op. 90 von Fr. Schubert (Fräulein Erna Siefert).
- 4. Sonate A-dur für Violine und Klavier von W. A. Mozart (Herr Günther Berle und Fräulein Olga Seligmann).
- 5. Gavotte für Violine von J. Haydn (Fräulein Karla Kaufmann, Begleitung: Fräulein Gudrun Ksch).

Nächstes Vorpiel (Ausbildungsklassen) Mittwoch, 19. März, abends 6 1/2 Uhr. 1788

Arb.-Gesang. „Freiheit“ Durlach.
Todes-Anzeige.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem uns warteten Hinscheiden unser. 3 aktiven Mitgliedes,
Herrn Karl Krampf
in Kenntnis zu setzen. 1805
Der Verein verliert in ihm ein eifriges, strebendes Mitglied und wird ihm stets ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahrt werden.
Der Vorstand.
Beerdigung: Donnerstag nachmitt. 4 Uhr.

Liederhalle Karlsruhe.
Samstag, 15. März, abends 7 1/2 Uhr
im großen Saale der Festhalle
Konzert
Mitwirkende:
Frau Marie von Ernst, vom Landestheater hier (Sopran); Herr Karl Ziegler, vom Opernhaus in Frankfurt a. M. (Tenor). **Der Männerchor der Liederhalle.** 1804
Am Klavier: Herr Bruno Stürmer.
Männerchöre von Kreutzer, Schumann, Schubert, Brahms, Mendelssohn, Zöllner.
Einzelgesänge von Strauss, Fleck, Thomas, Stürmer, Liszt, D'Albert, Pätzner, Grieg :: ::
Eintrittskarten zu 4.20, 3.20, 2.20, 1.70 und 1.20 Mk. einschl. Programm im Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiser-Wilhelm-Halle 2, P. n. ul. 333, und abends an der Kasse im Haupteingang der Festhalle.
Die Eintrittskarten für das am 8. Nov. 1918 im Konzerthaus vorgesehene gewesene Konzert gelten für den 15. nicht. Sie können gegen Erstattung des Preises an die Musikalienhandlung **Tafel**, Kaiserstr. 82a, zurückgegeben werden.
Saalöffnung 7 1/2 Uhr. — Ende 9 Uhr.
Der Vorstand.

Kino-Besucher
Ihr seid eine Sonderklasse von Menschen, denn Ihr sollt doppelt so hoch bei der kommenden Lustbarkeitssteuer herangezogen werden wie andere Menschen.
Wehrt Euch!
1806

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 13. März 1919. 1803
Vorstellung des Bad. Landestheaters.
Donnerstagsmiete Nr. 24.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Hermann Bahr.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Bad. Landestheater.
Die Vorverkaufsstelle ist jetzt wieder von vormittags 9 bis 1 Uhr und nachmittags 3 1/2 bis 5 Uhr geöffnet.

Lehrling
für unsere Möbelkammer geübt.
Gebr. Himmelheber,
Möbelfabrik,
Arie Straße 23.
Schuhe 1755
Sohlen und Flecken. Schnelle Bedienung.
Durlacher Str. 37, St. II.
Eigenhänderarbeiten
in allen Größen zu haben in
Weintraub
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52. 1804
Caschenuren
auch reparaturbedürftig.
Laut 1808
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstraße 23.
Daniels 1874
Konfektions-Haus
Karlsruhe,
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Angebot
Tüll- u. Voile-Blusen.
Seiden-Blusen
mit kleinen Webefehlern
zu billigen Preisen.

Sturm-Bataillon Schmidt
der Garde-Kavallerie-Schützen-Division
stellt Freiwillige aller Waffen ein. Besonders gebraucht werden ehemalige Angehörige von Sturm-Bataillonen, Lanformationen, Stoßtrupps, Sturm-Begleitbatterien, sowie W.-G. und L. M.-G.-Schützen, Mine werfer, Flammenwerfer usw.
Auch ungebildete Freiwillige werden angenommen.
Bedingung: Mobile Löhnung, 5 Mk. Tageszulage, gute Verpflegung, kurze Kündigungsfrist.
Meldestelle: Durlach, Hauptstraße Nr. 73, im Cambrinus (beim Bahnhof). 1811

Bekanntmachung.
Die **Verorgungs-Abteilung** des **Bezirkskommandos Karlsruhe**
bisher im Gebäude der Steuereinnahmestelle, Kreuzstraße 11c befindet sich vom 15. März 1919 ab im früheren Hauptmeldeamt-Gebäude
Kaiserstraße Nr. 8.
Am Freitag, den 14. d. Mts. Meibt wegen Umzug geschlossen. 1807
Karlsruhe, den 12. März 1919.
Bezirks-Kommando Karlsruhe
Verorgungs-Abteilung.

Bekanntmachung.
Die Gewährung von Bauförderungszuschüssen zu Wohnungsbauten betr.
Die Bestimmungen über die Gewährung von Bauförderungszuschüssen zu Wohnungsbauten sind nunmehr erschienen. Abdrücke dieser Bestimmungen und die dazu gehörigen Fragebogen sind bei dem städt. Wohnungsamt Karlsruhe, Nr. 143, das auch Auskunft erteilt, erhältlich. Anträge auf Bewilligung der Bauförderungszuschüsse sind ebenfalls beim Wohnungsamt einzureichen.
Karlsruhe, den 11. März 1919. 1810
Der Stadtrat.

Arbeiter! Werdt für den Volksfreund.

Bekanntmachung.
Mit sofortiger Wirkung treten nachstehende Brennholzpreise, welche von dem Bad. Landeysr is mit unter Mitwirkung der Kreisverordnungs-Kommission der Stadt Karlsruhe für Brennholz genehmigt sind, in Kraft.
I. Buchenholz gesägt u. groß gespalten frei Keller der Zentner M. 5.30
Tannen oder Fichtenholz gesägt und klein gespalten (Anseuerholz), frei Keller d. Zentner M. 6.70
Körbe mit 40 Pfd. für den Nord frei Keller M. 3.85
Gewichte unter 40 Pfund oder zwischen 40 und 50 Pfund sind ausgeschlossen und dürfen nicht zur Erledigung kommen.
II. Buchenholz gesägt und groß gespalten ab Lager der Zentner M. 4.50
Tannen oder Fichtenholz gesägt und fein gespalten . . . ab Lager der Zentner M. 5.70
III. Buchenholz nur gesägt, nicht gespalten ab Lager der Zentner M. 4.10
Tannen- oder Fichtenholz nur gesägt, nicht gespalten . . . ab Lager der Zentner M. 5.30
IV. Buchenholz ungelegt frei vors Haus geliefert der Ster M. 41.30
Tannen- oder Fichtenholz ungelegt frei vors Haus geliefert der Ster M. 30.50
V. Buchenholz ungelegt ab Lager der Ster M. 30.80
Tannen oder Fichtenholz ungelegt ab Lager der Ster M. 32.—
Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß außer dem nicht gesägt und gespaltenen Holz, welches Sterweise verkauft wird, alle anderen Holzarten, gleichviel, ob nur gesägt und gespalten, nach dem Gewicht verkauft werden müssen.
Bei Zuwiderhandlungen gegen die festgesetzten Preise wird unmissverständlich eingeschritten werden.
Karlsruhe, den 12. März 1919. 1880
Städt. Kohlen- und Brennholzkamt.

Gesucht
- sofort für hier und auswärts gut empfohlene
Röhinnen, Bekömmen, Zimmer- und Hausmädchen, Küchenmädchen,
sowie **Buffetfräuleins.**
Zeugnisse und Photos an: 1808
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Fachabteilung für das Hotel- u. Wirtschaftsgewerbe.
Zähringerstr. 98 (Erdgeschoss). Fernspr. 4901.
Sonntags geöffnet von 10-12.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

Dienstmannruf
besorgt alles 1090
: **Telephon 2498** :
Landerer, Kronenstr. 711.
Wer tauscht
Bezugsmarken auf Wein od. Branntwein
geren Prots oder andere Lebensmittel-Warfen um. Ang. unter Nr. 1813 an das Volksrecht d. Büro erb.
2 bis 3
trächtige Ziegen
zu verkaufen.
David Kuhn, Mörsh, Ariealstraße 48a.

Pfannkuch & Co
Neues Sauerkraut
Pfund 33 Pfa.
Pfund 32 Pfa.
Pfund 30 Pfa.
eingemachte
Rote Rüben
(rote Beete)
Pfund 50 Pfa.
Essiggurken
Meerrettig
Pfund 90 Pfa.
empfehlen 774
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in dem besagten
Verkaufsstellen